

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Krameln Str. 8/9  
Verlagsleiter: Königsplatz 1006, 1078 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphenadresse: Textilprologis Berlin

Verzinst sich Ihr Nichts — Vereintigt alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 24  
Krameln Str. 8/9 (Postfachkonto 5888), zu richten. — Bezugs-  
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.  
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreispaltige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

## Gegen die Lebensmittelvertierung!

### Die Zolltarife setzen sich in Bewegung.

Die Sünden der Regierung Luther machen sich bemerkbar. Die Zollgesetzgebung tritt wieder in ein entscheidendes Stadium. Man erinnere sich der Vorgänge von vor einem Jahr. Die deutsch-national stark durchsetzte Reichsregierung glaubte den Landwirten entgegenkommen zu müssen und setzte Zolltarife für Getreide-Lebensmittel, Lebensmittel-Rohstoffen und Futtermittel fest, die weit über die Wucherpreise in der Vorkriegszeit hinausgingen. Betrugen diese für eine Tonne Weizen und Roggen 55 bzw. 50 Mk., so sollten sie nach dem neuen Gesetzentwurf 75 bzw. 70 Mk. betragen. Um die Zentrumsarbeiter zur Zustimmung zu bewegen, wurde auf ein Jahr, bis zum 31. Juli 1926, eine Ermäßigung der Zolltarife von 3 Mk. pro Doppelzentner Roggen und 3,50 Mk. pro Doppelzentner Weizen festgesetzt. Jedoch mit der Maßgabe, daß, wenn inzwischen ein gültiger Handelsvertrag abgeschlossen würde, die dort festgelegten Zolltarife am 1. August 1926 automatisch in Kraft treten sollten. Die Zeit läuft in wenigen Wochen ab. Nun geht es um die Frage, ob der erhöhte Wucherpreis von 7,50 Mk. bzw. 7 Mk. oder der inzwischen durch den Handelsvertrag mit Schweden festgelegte von 6,50 Mk. bzw. 6 Mk. in Kraft treten oder ob die bisher ermäßigten Sätze weiter bestehen sollen. Eine höchst verzwickte Situation.

Was bringt nun der gegenwärtig dem Reichstag zur Ratifizierung vorliegende deutsch-schwedische Handelsvertrag? Um die für das arbeitende Volk wichtigsten Positionen herauszugreifen, würden, falls der Schwedenvertrag in Kraft treten sollte, ab 1. August folgende Veränderungen für 100 Kilo eintreten:

	bisheriger Satz	nach dem Schwedenvertrag
Roggen	3,— Mk.	6,— Mk.
Weizen	3,50 "	6,50 "
Braugerste	3,— "	5,— "
Futtergerste	1,— "	5,— "
Mais	2,20 "	5,— "
Reis, unpoliert	2,50 "	4,— "
Malz, ungebrannt	6,80 "	12,75 "
Bohnen, Erbsen, Linsen	1,50 "	2,50 "
Süßer	22,50 "	30,— "
Mehl	8,— "	18,75 "
Hafermehl	10,— "	18,75 "
Büchsenmilch	40,— "	75,— "

Die Sätze des Schwedenvertrages liegen durchschnittlich um das Doppelte höher als die bisherigen Sätze. Wenn dieser Handelsvertrag ohne jede Änderung (Änderungen von Handelsverträgen werden bei der Ratifizierung durch das Parlament selten vorgenommen) im Reichstag zur Annahme kommen sollte, dann würde in den nächsten Wochen eine gewaltige Preiswelle über das deutsche Volk rasen und den Lebensstandard der breiten Massen weiter herunterdrücken. Die landwirtschaftlichen Produkte bewegen sich in der letzten Zeit in steigender Richtung nach oben. Die sogenannte Preis-schere, d. h. der Unterschied zwischen Agrarerzeugnissen und industriellen Fertigprodukten, ist geschlossen, die Agrarerzeugnisse stehen im Preise zurzeit sogar etwas über den industriellen Produkten. Wenn nun noch die verdoppelten Zölle ihre Wirksamkeit ausüben, oder gar noch eine Mißernte in Deutschland hinzukommen würde, dann sind die Folgen gar nicht auszudenken angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Wie sehr die Regierung mit Blindheit geschlagen ist, erweist man an den Zolltarifen für Futtermittel. Man spricht seit langem von der Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion, man hebt die Notwendigkeit hervor, daß die Landwirtschaft mehr zur Erzeugung der Fertigprodukte (Fleisch, Milch, Milchprodukte usw.) übergehen müsse. Das Gegenteil wird durch die Sätze des Schwedenvertrages erreicht, was an der Erhöhung der Sätze für Futtergerste, Mais, Bohnen, Erbsen, Linsen, Futterbohnen, Lupinen, Wicken usw. zu ersehen ist. Die Viehzüchtende Bauernschaft hat aus diesem Grunde bereits gegen die durch den Schwedenvertrag erkennbare Zollpolitik der Zukunft Protest erhoben. Die Folge dieser Zölle wird sein, daß die in kleinen Betrieben lokalisierte Schweinemast zurückgeht und der ohnehin zu knappe Fleischvorrat noch knapper wird. Wir hatten im Vorjahre eine Refordernte an Kartoffeln, dennoch ist dies in einer erhöhten Schweinemast nur wenig zum Ausdruck gekommen, im Gegenteil wurden die Preise gesteigert, weil daneben billige Futtermittel aus dem Auslande fehlten. Kann man sich eine sinnlosere Politik im Zeitalter einer beispiellosen Wirtschaftskrise denken?

Und nun das verurteilte Einfuhrzollsystem. Dieses bleibt natürlich auch nach dem 1. August in Wirksamkeit. Die Einfuhrzölle sind eine spezifisch deutsche Einrichtung, sie dürften in ähnlicher Form in keinem Lande zu finden sein. Sie geben dem Exporteur oder Großhandlender das Recht, bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte den jeweils gültigen Zollsatz zu erhalten. Dadurch wird das Preisniveau der landwirtschaftlichen Produkte in Deutschland stets um den Zollsatz höher sein als die Preisbildung am Weltmarkt. Es besteht die außerordentlich große Gefahr, daß jetzt Getreide in Massen zu den gegenwärtig geltenden niedrigen Sätzen eingeführt wird, allein zu dem Zwecke, es nach der Erhöhung der Zolltarife wieder auszuführen. Die Folge wäre eine maßlose Bereicherung der Exporteure und Landwirte auf Kosten des Reichs, mithin der Allgemeinheit. Ein Beispiel soll dies

klar machen: 1000 Tonnen Weizen jetzt eingeführt und nach den Sätzen des Schwedenvertrages später wieder zur Ausfuhr gebracht, würden dem Exporteur einen glatten Verdienst von 35 000 Mk. erbringen. Riesengeschäfte unläuterer Art können also in den nächsten Wochen gemacht werden, deshalb auch die Eile, mit der man die Zollgesetzgebung zum Abschluß zu bringen versucht. Jedenfalls besteht die Gefahr, daß Deutschland vor dem Hereinbringen der neuen Ernte von Getreide vollständig entblößt werden kann.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben diese Katastrophensituation früh genug erkannt und in der nachstehend abgedruckten Eingabe an Regierung und Reichstag davor gewarnt.

Berlin, den 16. Juni 1926.

An die Reichsregierung z. B. des Herrn Reichszugl. und an die Mitglieder des Reichstages Berlin.

Betr.: Verlängerung der Zollermäßigungen.

Nach dem § 6 des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 sind für die wichtigsten Lebensmittel ermäßigte Zolltarife bis zum 31. Juli d. J. vorgezogen. Nach Ablauf dieser Frist sollen gemäß dem Gesetz die weit höheren autonomen Zolltarife in Kraft treten, soweit nicht durch Handelsverträge geringere Sätze für einzelne Positionen vereinbart worden sind.

Der § 6 des Gesetzes hatte den Zweck, die volle Auswirkung der Zölle auf die Preisgestaltung nur allmählich und in einer wirtschaftlich günstigeren Zeit herbeizuführen.

Diese wirtschaftlich günstigere Lage ist aber zurzeit angesichts der seit mehr als einem halben Jahre vorhandenen Wirtschaftskrise nicht gegeben. Die Zahl der erwerbslosen Hauptunterstützungsempfänger hat sich seit der Zeit, wo das Zollgesetz beschlossen wurde, fast

## Eine bedenkliche Bilanz.

Die deutsche Dauerkrise. — Verschärfungen auf dem Arbeitsmarkt. — Wirtschaftsenquete. — Preisabbau und Ankerbelung. — Der dreifache Raubzug. — Ein neues Zollgesetz. — Reinholds Steuerpolitik.

+++ Die in den beiden letzten Jahren so sehr beweihräucherte Wirtschaftskunst der deutschen Regierung und des deutschen Unternehmertums hat mit einer Dauerkrise geendet, die in der Wirtschaftsgeschichte ihresgleichen sucht. Die Herren im Reichswirtschaftsministerium und im Reichsverband der deutschen Industrie sind angesichts der erschreckenden Zustände auf unserem Arbeitsmarkt am Ende ihres Vortrags. Im Bereich des Landesamts Berlin allein hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden bis Mitte Juni innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen um 14 000 erhöht. Das ist bezeichnend für die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, wo statt einer Entspannung wesentliche Verschärfungen zu beobachten sind. Viel deutlicher prägt sich aber der Krebsgang in der deutschen Wirtschaft in der Außenhandelsbilanz aus. Im Dezember 1925 übertraf die reine Wareneinfuhr endlich die reine Wareneinfuhr um 36 Millionen Mark. Unter dem Zwang der Wirtschaftskrise steigerte sich der Aktivsaldo, der Ueberfluß in der Wareneinfuhr, in ersten Vierteljahr 1926 fortwährend. Die Entwicklung geht wohl am besten aus folgender Zusammenstellung hervor:

	Einfuhr (reiner Warenverkehr in Millionen Mark)	Ausfuhr (Gegenwartswerte)	Aktivsaldo
Dezember 1925	758	794	36
Januar 1926	707	734	27
Februar 1926	682	783	101
März 1926	645	923	278
April 1926	723	779	56
Mai 1926	703	730	27

Nachdem im März 1926 gewissermaßen ein Refordüberschuß der Wareneinfuhr erzielt werden konnte, begann im April der Absturz. Er hat sich auch recht bedenklich im Mai 1926 fortgesetzt, so daß man, wie man das anfangs versuchte, die Erscheinung nicht als zufällig auffassen kann. Insbesondere ist zu beobachten, daß die Einfuhr an Lebensmitteln in schärfstem Ausmaß steigt. Hier spielt die Notwendigkeit, Auslandsgetreide, selbst Roggen aus dem Auslande nach Deutschland einzuführen, nachdem wir unsere Ernte mit Hilfe des Einfuhrzolls zu Niedrigpreisen zur höheren Ehre des Geldbeutels unserer Großagrarien auf dem Weltmarkt verschleudert haben, eine Rolle. Dagegen fällt die Rohstoffeinfuhr, die immer von symptomatischer Bedeutung für die Beschäftigung der deutschen Fertigwarenindustrie ist, fortwährend. Im Monat Mai sind z. B. für rund 12,1 Millionen Textilarbeitstoffe (darunter Wolle mit 4,2 und Baumwolle mit 7,7 Millionen) weniger nach Deutschland eingeführt worden als im Monat April. Die Ausfuhr an Fertigwaren senkte sich im Mai 1926 gegenüber dem Vormonat um 50 Millionen Mark. Die vermehrte Ausfuhr an Rohstoffen aus Deutschland selbst kann mit einem Plus von nur 2 Millionen gegenüber dem Monat April hierfür keinen Ausgleich schaffen. So stellt sich die vermehrte Ausfuhr an Rohstoffen infolge der englischen Bergarbeiterausfuhr, an die überhörschwellige aber untrübsame Gemüter in Deutschland die übertriebenen Hoffnungen knüpfen, für den Monat Mai nur auf 13,7 Millionen Mark.

Man muß dieses Bild durch den sinkenden Konsum und den abrückelnden Warenabfluß im Innern ergänzen, um sich die trostlose Lage auf dem Arbeitsmarkt zu erklären und zu erkennen, daß unsere Wirtschaft auf schierer Ebene schlingert. Dieses Gefühl, das nichts anderes als das Eingeständnis unserer kapitalistischen Wirtschaftsführer ist, auf der ganzen Linie verlagert zu haben, hat nun zur Errichtung des Enqueteausschusses mit seinen entsprechenden Untersuchungen geführt. Das Gesetz selbst nennt die Enquete einen Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugung und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Es gibt weite Kreise in Deutschland, die, entsprechend den Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren mit unseren Enqueten überhaupt gemacht haben, auch dieses Mal den eben begonnenen Arbeiten in den Räumen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates sehr skeptisch gegenüberstehen

verzehnfacht, die Zahl der Kurzarbeiter vervierfacht. Infolgedessen ist die Kaufkraft der belohnten Verbraucher massen dermaßen geschwächt, daß die höheren Zölle eine für die arme Bevölkerung weitere Belastung darstellen würden, die in der Tat unerträglich wäre.

Es kommt hinzu, daß gerade in den Sommermonaten der Viehauflauf nachläßt, daß ferner jenes die Preise günstig beeinflussende Kontingent zollfreien Gefrierfleisches bereits fast völlig aufgezehrt worden ist. Aus diesen beiden Tatsachen ergibt sich ohnehin die Gefahr einer preissteigernden Wirkung. Auch die Getreidepreise pflegen um diese Jahreszeit merklich in die Höhe zu gehen.

Schon jetzt haben die Preiserhöhungen landwirtschaftlicher Produkte allgemein eingesetzt, während die Industriepreise ständig sinken; diese gegenläufige Bewegung ist bereits soweit gediehen, daß die Mehrzahlen des Statistischen Reichsamts für die Großhandelspreise die Schließung der „Preis-schere“ anzeigen.

Das Gesetz über Zolländerungen galt übrigens nur als vorläufige Regelung und weite Kreise des deutschen Volkes waren der Annahme, daß im Wege des Abschusses von Handelsverträgen eine spürbare Herabsetzung der Lebensmittelzölle erfolgen werde. Das ist bisher nicht geschehen.

Alle diese Tatsachen, in deren Vordergrund die Not des arbeitenden Volkes steht, veranlassen die unterzeichneten Spitzenverbände, an die Reichsregierung und den Reichstag das dringliche Ersuchen zu richten, die bis zum 31. Juli 1926 gesetzlich festgelegten Zollermäßigungen mindestens für weitere vier Monate in Gültigkeit zu lassen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

gez.: Leipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

gez.: Aufhäuser.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

gez.: Kohnr.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

gez.: Bernh. Ditt.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

gez.: Lemmer.

Vielleicht mit Unrecht, weil sich ähnliche Untersuchungen, wie seinerzeit die Enqueten über die Leder- und Textilindustrie, nur auf beschränkte Wirtschaftskreise erstreckt und zum Teil in ihren Methoden anfechtbar waren. Hoffentlich gelingt es den Einfluß der Arbeitervertreter in der Enquete, auf Grund der vorzunehmenden Untersuchung

jene Tatsachen einwandfrei festzustellen, die eine Generalüberprüfung über die deutsche Wirtschaft, eine Gesamtbilanz ermöglichen. Auf dieser Grundlage könnte man dann vor allen Dingen eine Ideenreihe, konsequente und zielbewusste Wirtschaftspolitik aufbauen.

Damit wäre viel, fast alles erreicht. Ziehen wir doch einmal die Bilanz der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsführung der letzten beiden Jahre: Daß unser Wirtschaftsleben nach der Stabilisierung und angelegentlich des labilen Zustandes im Ausland, besonders in den valutochwachen Ländern, nicht von Erschütterungen verschont bleiben konnte, versteht sich von selbst. Zu vermeiden war aber das gegenwärtige Chaos, mit dem die Tätigkeit der Regierung und des deutschen Unternehmertums täglich geendet hat. Die über zwei Millionen Arbeitslosen sind unter keinen Umständen eine notwendige Begleiterscheinung unserer Wirtschaftsentwicklung; sie sind die Folge einer verkehrten Wirtschaftsführung, das Ergebnis einer Wirtschaftspolitik, die sich jeweils an den Forderungen derjenigen industriellen Kreise orientierte, die mit der härtesten Faust auf den Tisch schlugen konnten und den „schneidigsten Syndikus“ und die „besten Beziehungen nach oben“ besaßen. Der aus den Instationsstagen herübergenommene zu große Produktionsapparat wurde beibehalten, ohne daß man sich über die Frage klar wurde, wie man das zu große, in diesem Apparate investierte Kapital verzinsen wollte und verzinsen konnte. Ja, man borgte noch Kapital aus dem Auslande und nahm unter dem Schlagwort Nationalisierung ein Vergrößerung des Apparates vor. Das wäre zu billigen gewesen, wenn man durch eine vernünftige Preis- und Lohnpolitik die Kaufkraft der Massen aufgespart hätte, um den Abfluß der gesteigerten Produktion sicherzustellen. Die Möglichkeit ergab sich auf Grund der Tatsache, daß die Herstellungskosten infolge der technischen Umstellung rapide sinken mußten, vorausgesetzt, daß man den nötigen Abfluß und die Volkbeschäftigung der Betriebe sicherstellen konnte, damit die auf der Betriebsausdehnung beruhenden erhöhten Lasten den finanziellen Gewinn der technischen Umstellungsarbeiten nicht abforzierten und kompensierten. Diesen Weg ist man nicht gegangen. Man hat die für den überflüssigen Produktionsapparat erforderlichen Renten und Dividenden aus überhörschweligen Preisen hereinzuholen versucht mit dem Erfolg, die Kaufkraft weiter gedrosselt und die Rationalisierungsarbeit vollends immunisiert zu haben.

Die Lutherische Preisabschwächung war eine unbewusste Abwehr gegen diese Komplikation. Sie unterlag der Macht der deutschen Kartelle, die, ohne jede volkswirtschaftliche Idee, sich zu reinen Preisstärkern ausgewachsen haben. Auch heute noch erscheint jede Aktion gegen das Kartell ohne Erfolg. Das deutsche Unternehmertum macht keine Preisrezessionen. Damit wollen sie den einen Weg nicht gehen, durch den sich die Kaufkraft der Massen erhöhen könnte. Aber sie wollen auch den anderen Weg nicht gehen, der nach Lage der Dinge für eine Linderung der Kaufkraft in Frage kommt, nämlich die Lohnherabsetzung. Nebenbei wie die Preisabschwächung verläuft

der vielgerühmte Ankerbelungsversuch der deutschen Wirtschaft, den insbesondere das Reichswirtschaftsministerium im Frühjahr 1926 einleitete. Der Baumarkt liegt verrotten, obwohl für das Baumaterialien und auch der nötige Kredit im Lande zur Verfügung stehen. Wer sich allerdings die gegenwärtigen Preise für Baumaterialien und Baukosten anschaut — sie liegen um 200 bis 300 Proz. höher als im Frieden — wird bald das Geheimnis lästern, weshalb wir nicht bauen. Unverkennbar ist es schon, warum die deutsche Reichsbahn nicht die Eisenbahnkredite zur Erneuerung des Oberbaus ausnutzt, obwohl wir heute in deutschen Eisenbahnen Gleise haben sollen, die in einem derartigen Zustand sind, daß sie von den schwereren Maschinen nicht mehr beschleunigt werden können. Unausgenutzt blieb auch bis jetzt der lauchartige 300 Millionen Russenkredit, weil sich Regierung und Banken um eine Zinsminderung von 1/2 Proz. jähren, während die

**Inhalt:** Gegen die Lebensmittelverteuerung! — Eine bedenkliche Bilanz. — Nach dem Volksentscheid. — Die gesundheitlichen Gefahren der Kunstseiden-Herstellung. — Frauentell. — Textilarbeiterbewegung im Ausland. — Aus der Textilwirtschaft. — 20 Jahre Gauleiter! — Verichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Müssen betonen, auf den Kredit verzichten zu wollen, wenn die deutsche Industrie glaubt, sie mit ihrem bekannten Preise über die Köpfe der Barbieren zu können. Die Diskontopolitik der Reichsbank ist wohl ein „eigenes“ Kapitel, muß aber auch in diesem Zusammenhang genannt werden, da die immer noch festzu-stellende Heberlegung des Diskontsatzes und die Verteuerung des Geldes wirklich nicht dazu angetan sind, der Wirtschaft neues Leben einzuflohen. Zweckentsprechend scheint es, wenn man die eine Zeit lang sicher berechtigte Sperre für Auslandskredite aufheben würde, um der monopolischen Stellung der deutschen Finanz wenigstens den ärgsten Stachel zu nehmen. Die ganze Anfurberungs-politik der Reichsregierung hat sich zu einem derartigen Skandal ausgewachsen und

es war die höchste Zeit, daß die Spitzengewerkschaften dem Reichswirtschaftsminister Mitte der verfloffenen Woche unver-dümt sagten, wie sie und die deutsche Arbeiterschaft über eine derartige Täuschung einer hochwohlwollenden Regierung denken und welche Forderung die deutsche Arbeiterschaft zu stellen hat.

In diesem Zusammenhang ist die Notwendigkeit der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung besonders zu unterstreichen. Wenn diese Forderung von uns doppelt stark betont wird, sind wir auf den Enttäuschungsarten aus dem kapitalistischen Lager gefaßt. Wir hören heute schon den Einwurf, es sei kein Geld da. Diese Behauptung ist schon eine festsitzende Formel geworden. Man braucht die Industrie aber nur darauf zu verweisen, daß sie für die Propaganda gegen den Volksentscheid, wo es sich darum handelte, eine beispiellose Auszehrung und Wirtabzappung des Staates zu verüben, Geld zur Verfügung hatte. Im übrigen ist zu betonen, daß sich im Jahre 1925 gegenüber dem Vorjahre die Rentabilität des in deutschen Industrieaktien angelegten Kapitals von 4,1 Proz. auf 3,4 Proz. gehoben hat. Dabei handelt es sich aber immer noch um willkürliche Gewinnangaben. Das wirkliche Ergebnis auf der Gewinnseite der deutschen Industrie aus dem Preisraubzug der beiden letzten Jahre ist in Wirklichkeit viel größer.

Wie drei richtige Räuber sind ja unsere Industrie, unsere Hochfinanz und unsere liebsten Freunde, die Großagrarien, über die Wäffen und die Kaufkraft des deutschen Volkes hergefallen. Jeder Vorzeil, den die offizielle Wirtschaftspolitik der völlig unter Vor-mundtschaft der Schwerindustrie stehenden deutschen Industrie zu-kommen ließ, verwandelte sich in Unternehmerprofit und nicht in eine Senkung der Produktionskosten. Ganze Industriezweige und namhafte Industriefirmen sind Kostgänger des Staatsäckers ge-worden. Wir haben eine Subventionspolitik überlaster Art betrieben und wundert uns schließlich, wenn die leistungsfähigeren Konkurrenten auf dem Weltmarkt sich gegen unser Exportprämien-Pumping wehren, noch dazu wo wir unser Land durch Hochzölle absperrten und schließlich nicht die nötige Sorgfalt auf den Fort-gang der handelspolitischen Verhandlungen z. B. in der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen Angelegenheit gelegt haben. Unsere Hochfinanz ist in dem Maße, wie die regula-tären Gewinne mit Fortgang der Krise zusammenkrumpften, zum regelrechten Börsenjobber geworden. Die Tätigkeit unseres Bank-kapitals erschöpft sich heute fast ausschließlich im spekulativsten Börsenspiel. Daneben zahlt man für die Bankeinlagen niedrigste Zinssätze und fordert für die aus den Bankdepots ermöglichten Kredite Höchst-sätze, wobei es ausgemachte Sache ist, daß diese Kredite nicht nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen, sondern danach gegeben werden, wie der Kreditnehmer zufälligerweise zu dem Bankallgewaltigen steht. Daß das Bankkapital aber die Fäden der Geldpolitik in den Händen des Reichsbankpräsidenten schon lange entwirren hat, ist eine bekannte und um so traurigere Tatsache. Wie sich der General-direktor des Industrie- und Bankkonzerns in der Industrie- und Geldpolitik des Staates bzw. der Reichsbank hemmungslos durchzu-setzen vermochte, so die Großagrarien in der Ernährungspolitik. Die Großagrarien, die ständig am lauten nach Hilfe des Staates schreien, haben schließlich nicht die geringste Veranlassung, sich über mangende Hilfe des Staates zu beklagen. Wir erinnern nur an die Agrarkredite und an die Tätigkeit der Getreidehandelsgesellschaft. Es sind Milliardenkredite an die Landwirtschaft geflossen, die nicht zurückgezahlt und immer wieder verlängert wurden und heute hoffungslos festgefressen sind. Dabei hat die von der Getreidehandelsgesellschaft betriebene Getreidepreisdepression die Vorbedingungen geschaffen, daß sehr wahrscheinlich z. B. der Roggenpreis der neuen Ernte 60 bis 80 Proz. höher liegen wird, als im Frühjahr 1925. Damit noch nicht genug, verlangen die Agrarier eine Verdoppelung des Zolles gemäß den seitgelegten Vertragszoll-sätzen im deutsch-schwedischen Handelsabkommen.

Die Regierung aber beizt sich, den Wünschen der Großagrarien nachzukommen — ohne Rücksicht auf die kleine und mittlere Land-wirtschaft, den deutschen Viehhalter und Viehzüchter, der ange-sichts der erhöhten Futtermittel vor der Katastrophe steht, ohne Rücksicht auf die deutschen Konsumindustrien. Man will in einem Augenblick, wo die Stärkung der Kaufkraft oberstes Gebot jeder Wirtschaftspolitik sein muß, die Lebenshaltungskosten durch direkt wahnehmbare Zollerperimente weiter ver-teuern ohne zu bedenken, daß man durch eine Verteuerung der Lebenshaltung die Nachfrage der Bevölkerung nach jedem anderen Industrieartikel weiter brach legt.

Dabei liegt gar keine Veranlassung für eine solche Hilfsaktion für die Landwirtschaft vor. Der Weizen ist in Berlin Anfang 1926 im Durchschnitt pro Tonne von rund 250 auf 290 RM., der Roggen von 150 auf 180 RM., der Hafer von 170 auf 200 RM. gestiegen. Die zumankommen der Landwirtschaft genötigte „Preisbremse“ ist seit langem eine Null. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für Mitte Juni erhält die Landwirtschaft im Durchschnitt 25 Proz. mehr für ihre Ware als im Frieden, die Industrie dagegen nur 23,5 Proz. Die „Schere“ hat sich zweifellos zugunsten der Land-wirtschaft geschlossen und kann unmöglich als Begründung für die Zollforderungen der Landwirtschaft und der Regierung angeführt werden. Darüber hinaus dürfte noch zu beobachten sein, daß die gegenwärtigen Preise für landwirtschaftliche Produkte stärker an-ziehend als die Preise für Industriestoffe, wie wir uns ja ganz allgemein in einer allgemeinen Preissteigerung der Rohstoffe befinden, während die entsprechenden Preise auf dem Weltmarkt stabil bleiben. Die Konsequenz ist, daß die deutsche Fertigwarenausfuhr in einem Monat um 20 Millionen Mark zunahm.

Darin charakterisiert sich eben die gegenwärtig betriebene offizielle Wirtschaftspolitik. Wenn der gegenwärtige Finanzminister, Herr Reichel, keine bekannte Steuerreform mit volkswirtschaftlichen Schäden gerechtfertigt hat, so sehen die Ergebnisse dieser Reform heute schon ganz anders aus.

Der Steuerzuschlag in Höhe von rund 1,2 Milliarden ist nicht der Belastung der Wirtschaft zugute gekommen. Er wurde zu einer Liebesgabe an das deutsche Unternehmer- und Händlertum.

Die Entlastung des Steuern und Abgaben sind wirklich geeignet, sehr bedenklich zu sein. Die Gemeindeforderungen stellen sich im Jahr 1926 auf 1,4 Milliarden Mark. Es erbrachten im Mai 1926 nur 244 Millionen Mark. Um einzulösen ergibt sich für die wichtigsten Steuern folgende Summierung:



Der Lieferwagen der Verbandszentrale im Dienste der Propagandaarbeit für den Volksentscheid.

**Nach dem Volksentscheid.**

Ein politisches Ereignis ersten Ranges liegt hinter uns, Verlauf und Resultat des Kampfes für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten sind der Betrachtung erschlossen. Am 20. Juni haben von 39.690.559 Stimmberechtigten 14.441.590 Männer und Frauen ihre Stimme für den die Enteignung bezweckenden Gesetzesentwurf abgegeben, 584.725 haben mit Nein gestimmt und 559.406 Stimmen waren ungültig.

Damit ist der Gesetzesentwurf abgelehnt. Da — ob mit Recht oder Unrecht, soll hier nicht erörtert werden — angenommen wurde, das zur Abstimmung gestellte Gesetz sei als eine Änderung der Verfassung zu betrachten, wäre, um den Entwurf im Volksentscheid zur Annahme zu bringen, notwendig gewesen, daß mindestens die Hälfte aller Stimmberechtigten mit Ja gestimmt hätte. Aber auch wenn der im Volksbegehren erhobenen Forderung keine verfassungsändernde Wirkung beigemessen wird, muß sich mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligen, damit ein Gesetzesentwurf im Volksentscheid Gesetzeskraft erhält. Beide Bedingungen sind durch die Abstimmung vom 20. Juni nicht erfüllt. Die Hälfte der Stimmberechtigten wird mit 19.845.278 berechnet, die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen beträgt jedoch nur 15.026.313.

Das unmittelbare Ziel des Kampfes gegen die unver-schämten Vermögensansprüche der Fürsten, das mit dem Volks-begehren und dem Volksentscheid verfolgt wurde, ist also nicht erreicht. Aber es wäre verfehlt und gäbe kein zutreffendes Bild der politischen Bedeutung der Abstimmung, wollte man das Abstimmungsresultat nur unter diesem Gesichtspunkt werten.

Die rund 14 1/2 Millionen Ja-Stimmen würden genügen, um 240 Abgeordnete in den Reichstag zu wählen, also ungefähr die Hälfte aller Reichstagsmandate zu gewinnen; sie kommen der Zahl der Wähler Hindenburgs gleich; sie übersteigen um mehr als eine Million die Zahl der Wähler aller Rechtsparteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Völkischen. In den 14 1/2 Millionen Ja-Stimmen sind außer den bei den letzten Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie und die Kommunisten abgegebenen Stimmen unge-fähr 4 Millionen Stimmen aus allen bürgerlichen Par-teien enthalten, und wenn auch nicht die erforderlichen 50 Proz. aller Stimmberechtigten mit Ja gestimmt haben, so betragen die 14 1/2 Millionen Stimmen doch rund 36 Proz. der Stimmberechtigten. Ein zutreffendes Bild von der Bedeutung dieser Zahlen erhalten wir erst, wenn wir den Kampf um den Volksentscheid und sein Resultat im Zusammenhang mit der gesamten politischen Situation betrachten.

Das Objekt der politischen Kämpfe der letzten Monate umfaßt mehr als nur die Frage der Abfindung oder Enteignung der Fürsten. Vor allem aber benutzten die Gegner der Republik den Kampf um diese Frage als Gelegenheit, um, wie die Art ihrer Orogen-itation deutlich zeigt, ihren letzten Zielen in der Frage der Staatsform näher zu kommen. Darum haben sich im Ver-laufe des Feldzuges für die Enteignung der Fürsten die politischen Leidenschaften heftiger und heftiger entzündet. Darum ist die Frage der Abfindung oder Enteignung zum politischen Kardinal-problem geworden, in dessen Sphäre die Gehalten der Regierungskräfte, der Reichstagsabteilung, ja selbst der Präsidenten-trie umgehen — und darum muß die Frage nun schließlich und endgültig ihrer Lösung zugeführt werden. Dabei hat zunächst der Reichstag das Wort: Die Kämpfe der letzten Monate sind also mit dem 20. Juni nicht beendet, und in den kommenden weiteren poli-tischen Auseinandersetzungen wird die Stimmenmasse der 14 1/2 Millionen trotz aller Versuche der Rechtsparteien, das politische Ergebnis der Aktion zu verkleinern, ihre große Be-deutung als politischer Faktor geltend machen. Daran ist der Wert des Abstimmungsergebnisses zu messen.

Die Gegner der Republik sind sich dieser Sachlage durchaus be-wußt. Dieselben politischen Kreise, die beim Volksbegehren noch glaubten, der gegen die wahrhaft „nürlichen“ Ansprüche ehemaliger Potentaten gerichteten Aktion am besten mit Stillschweigen be-gleiten zu können, haben beim Volksentscheid nicht ohne Grund noch in letzter Stunde alle ungerichten Mittel politischer Täuschung und wirtschaftlichen Terrors angewandt, um ihrer „gerechten Sache“, der



Sache der Fürsten zu dienen. Sie haben zunächst durch die Parole der Stimmenthaltung das Wahlergebnis zerstört, um darauf alle Abstimmungen innerhalb ihres Machtbereiches mit dem brutalsten wirtschaftlichen Terror zu bedröhen, so daß Hunderttausende nicht wagen durften, an den Abstimmungsgastisch zu treten. Wie dieser Terror auf dem Lande gewirkt hat, mögen wenige Zahlen zeigen. Während in Berlin, Leipzig und Hamburg über 50 Proz. in anderen Wahlkreisen, wie Chemnitz, Dresden, Hannover, Hesse-Nassau, Darmstadt und einigen weiteren, 40 bis 50 Proz. der Stimmberechtigten mit Ja gestimmt haben, konnte in den als deutsche Bredche ausersehenen Gebieten, im Machtbereich ostelbischer Junker, in Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg nicht einmal die Zustimmungzahl der Sozialdemokraten und Kommunisten bei den letzten Reichstagswahlen für das Ziel des Volksentscheides gewonnen werden.

Diese Feststellung enthält eine Lehre. Sie zeigt, wie un-gemein schwer es ist, mit dem jetzt zum ersten Male in Deutsch-land angewandten Mittel der direkten Gesetzgebung durch das Volk ein bestimmtes Ziel der Gesetzgebung zu erreichen, und es ist keine Verkleinerung der politischen Waffe der direkten Gesetzgebung, wenn wir darauf hinweisen, daß diese Waffe, im Angriff gebraucht, dem strupelosen Gegner zugleich starke Mittel der Abwehr in die Hand geben kann. Diese Feststellung zeigt aber zugleich, daß das allgemeine politische Gewicht des Abstimmungsergebnisses noch wächst, wenn man sich die durch den auf dem Lande geübten Terror verhinderten Ja-Stimmen zu den 14 1/2 Millionen hinzubent.

Die Gewerkschaften haben an dem Kampfe, der nun hinter uns liegt, den lebhaftesten Anteil genommen. Mit ungezählten Artikeln und Aufrufen hat die weitverbreitete Gewerkschafts- und Arbeiterpresse in der Front gestanden. Dieser Hinweis genügt, um die altherge-brachte Behauptung der „Roten Fahne“ zurückzuweisen, der Bundesvorstand und der Deutsche Landarbeiterverband hätten sich müßig gezeigt in der Verbreitung von Aufklärung und in der Abwehr des Terrors der Monarchisten. Wir beschränken uns auf den Hinweis, weil wir es als ein der Sache nicht würdiges Beginnen ablehnen, eine klein-lüchliche Rechnung aufzustellen über die Frage, wer mehr zur Erzielung des erstrittenen Erfolges oder zur Verhinderung eines größeren beigetragen hat: die Gewerkschaften oder die Kommunisten.

Obwohl die nächsten Ziele der Gewerkschaften vor allem auf die Gestaltung des sozialen Inhalts des Staatswesens gerichtet sind, muß sich ihre Aufmerksamkeit doch auch den Kämpfen um die Form des Staatswesens zuwenden. Der soziale Inhalt des Staates und seine verfassungsmäßige Form vermögen sich nur in gegenseitiger Wechselbeziehung vorwärts — vorwärts im Sinne der Gewerkschaften — zu entwickeln. Wie im allgemeinen die demokratische und republikanische Staatsform für die auf die Gestaltung des sozialen Inhalts des Staates gerichtete Tätigkeit der Gewerkschaften bessere Voraussetzungen bietet als die von den Rechtsparteien erstrebte, so werden die Gewerkschaften auch jede einzelne politische Frage darauf prüfen und ihr Interesse daran in erster Linie danach bestimmen, welche Art der Lösung der betreffenden Frage ihren besonderen Bestrebungen förderlich oder hinderlich ist. Aus diesem Zusammen-hang erklärt es sich auch, daß sich an den Auseinandersetzungen der letzten Wochen Persönlichkeiten und Gruppen aus dem Lager der bürgerlichen republikanischen Parteien, dem Zentrum und den Demokraten, nahestehenden Gewerkschaften im Widerspruch zu den Weisungen ihrer Parteien für die Abstimmung und für das Ja erklärten, während zugleich Persönlichkeiten aus dem Unternehmer-tum und die sogenannten „vaterländischen Arbeiter- und Wert-vereine“ auf der anderen Seite nicht nur gegen die Enteignung, sondern auch gegen des Volkes Recht auf freie Abstimmung sich einsetzten.

Diese Formierung der Kampffronten wird auch in den bevor-stehenden Auseinandersetzungen über das gleiche Objekt die gleiche sein. In diesen Kämpfen hat nun — wir sagten es schon — zu-nächst der Reichstag das Wort. Was dann weiter folgt, hängt von der Entscheidungsfähigkeit dieses Reichstages ab, und es ist nicht unmöglich, daß das, was der Reichstag jetzt leistet, wiederum be-stimmend ist für sein eigenes Schicksal. Was aber auch folgen mag, die Gewerkschaften werden auch bei der weiteren Entwicklung der Dinge nicht untätig bleiben.

	Mai 1925	April 1926	Mai 1926
	(in Millionen Reichsmark)		
Lohnsteuer	137	79,5	82,5
übrige Einkommensteuer	75,2	136	38,1
Umsatzsteuer	125,1	102,1	63,2
Kapitalverkehrssteuer	11,9	7,1	7,9
Zölle und Verbrauchssteuern	143,7	131,2	161,3

Abgesehen von der infolge der Steuerverschärfung und Zoll-experimente stärker gewordenen Belastung der breiten Massen zeigt sich ein bedenklicher Rückgang des Steuer-aufkommens. Herr Reichel hat, als er die Steuerreform vollzog, mit einer Besserung der Wirtschaftslage gerechnet. Diese Rechnung konnte aber nur stimmen, wenn sich eine vernünftige Wirtschafts-politik wirklich darum bemühte. Das ist aber nicht der Fall und so wird Herr Reichel sehr wahrscheinlich inmitten einer beispiel-losen Krise bald vor der Notwendigkeit stehen, entweder die Steuern zu erhöhen oder den Staatsbedarf aus An-leihen zu decken. Das sind keine rosigen Aussichten, aber doch Zwangsläufigkeiten einer Wirtschaftspolitik, die im Grunde ge-nommen keine Wirtschaftspolitik ist. Die Hay nach dem Unter-nehmergewinn, nach der vergrößerten Brotkrume, hat in unserer Wirtschaftspolitik jede volkswirtschaftliche Idee erstickt. Sie hat dem Interesse des Einzelindustriellen, der einzelnen Industriege-sellschaft, aber nicht dem Ganzen der Volkswirtschaft gedient. Ihr

Zusammenhang mit der deutschen Industrie ist gelöst. Deshalb ihr Diasto.

Wenn die Enquete ihre Arbeiten richtig vollzieht, dürfte sie zu demselben Ergebnis kommen. Daraus — und das ist die Mission der deutschen Arbeiterschaft — sind für die deutsche Wirtschaftspolitik die richtigen Schlüsse zu ziehen.

**Die gesundheitlichen Gefahren der Kunstseiden-Herstellung.**

Aus einer Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamts über die Frage der Gewerbehygiene hat Kollege Shaw, Sekretär der Textilarbeiterinternationalen, das für die Arbeiter der Kunstseiden-industrie Wichtige zusammengestellt. In Anbetracht der Dringlichkeit des Gesundheitschusses der Arbeiter einer Industrie, die eine große Zukunft hat, wollen wir den Auszug wörtlich wiedergeben: Was den Nitrozelluloseprozess anbelangt, so scheint es, daß die Gefahren in den säurehaltigen, insbesondere in den salpeter-haltigen Dämpfen liegen, welche während des Mischungsprozesses von Schwefel- und Salpetersäure oder während des Nitrierungs-vorganges freigesetzt werden. Salpetersäuredämpfe wirken ent-weder ätzend auf die Haut- und Schleimhäute oder ganz allgemein auf den gesamten Organismus, insbeson- dere auf die roten Blutkörperchen ein.

Die Gesundheitsverhältnisse der bei der Zubereitung der Säurelösung, bei der Nitrierung und im Trodenprozess beschäftigten Arbeiter stehen in einem direkten Verhältnis zum Ausmaß, in dem wohlbekannte hygienische Schutzmaßnahmen getroffen werden. Einige Untersuchungen haben gezeigt, daß der Umfah an Arbeitsträgern eine hohe Ziffer aufweist, jedoch hat die medizinische Forschung keinerlei ernste Schädigungen feststellen können. Nichtsdestoweniger ist es ein Gebot der Klugheit, für die wirksamsten Schutzmaßnahmen Vorkehrungen zu treffen, wie etwa durch Anbringung bestimmter Ventilationsvorrichtungen, die eigens dazu angebracht sind, um den größten Teil der salpetersäurehaltigen Dämpfe abzuführen, welche den Arbeiter während des Einweichens und Umrührens und insbesondere während des Linsfüllens der Flüssigkeit in Tröge und in die Hydroextraktoren entweichen.

Man kann häufig feststellen, daß das Material der Ventilationsanlage schnell durch die Salpetersäuredämpfe zerfällt und unbrauchbar wird, wenn sie nicht aus dem richtigen Material hergestellt oder nicht die technisch richtigen Methoden Anwendung finden. Die Röhren und Umhüllungen dürfen aus keinem Material hergestellt sein, das leicht durchgefressen wird, wie etwa nichtoxydierendes Metall, noch dürfen sie von solchem Metall überzogen werden. Der Abzug von Staub in einem mit einem starken Zug versehenen Kamin hat gute Resultate ergeben.

Beim Lösungsprozess der Nitrozellulose und beim Ausziehen des Garnes verdampft das Aethersäurelösungsmittel während des Prozesses des Garnausziehens und des Seidenzwinnens. Außerdem ergibt sich eine Gefahr aus dem gasförmigen Kohlenwasserstoff, der sich im Produkt vorfinden kann. Medizinische Spezialisten sind der Auffassung, daß Arbeiterräume, in denen der Verbrennungsprozess stattfindet, die gefährlichsten sind, wenn auch einige Forscher keinerlei charakteristische Störungen oder besondere Merkmale an den Arbeitern, selbst am Ende eines Arbeitstages, feststellen vermochten. Andere Forscher scheinen allerdings beides, Störungen und Vergiftungsmerkmale, entdeckt zu haben. Es scheint allgemein darüber Übereinstimmung zu herrschen, daß es schwangeren Frauen nicht gestattet sein darf, in dieser Atmosphäre zu arbeiten und daß sie auch für nährenden Mütter gefährlich ist.

Scharfe Ventilation während des Zurichtens und Zwirnelns soll, wie es heißt, genügen, um jegliches Schwindelgefühl und Ohnmachtsanfälle, Erstickungen, die bei Anfängern in dieser Tätigkeit beobachtet werden, hintanzuhalten. Ich gebe die folgende Stelle ungekürzt wieder, da sie mir eine Zusammenfassung der sich einstellenden Schwierigkeiten zu geben scheint:

„Insbesondere zu Beginn ihrer Beschäftigung machen die Anfänger alle Phasen der Aethervergiftung durch: Zustand der Reizbarkeit, ein Gefühl der Unbequemlichkeit bis zum Zustand der Erstarrung usw. Der Atem riecht nach Aether und Alkohol (je nach dem Prozess, dem die Arbeiter ausgesetzt waren). Der Arzt hat jedoch nur selten Gelegenheit, die Arbeiter in diesem Stadium zu beobachten. Denn es stellt sich rasch eine Gewöhnung ein, und die Arbeiter setzen ihre Arbeit fort, ohne daß sich irgendeine nachteilige Einwirkung feststellen läßt. Trotzdem ist die persönliche Reaktion des einzelnen Arbeiters verschieden, und es dürfte sich für einzelne Arbeiter als notwendig erweisen, diese Arbeit überhaupt aufzugeben.“

Die anfänglichen Symptome sind totale Störungen der Bindehaut — steigender Schmerz, Tränenbildung, die ersten Symptome, welche auf die Einwirkung der Dämpfe zurückzuführen sind — und Bepharitus (Entzündung der Bindehäute) — hauptsächlich durch die Berührung mit schmutzigen Händen herbeigeführt. Hieraus stellen sich Störungen der Atmung ein, Husten, Heiserkeit, Reizung der Nasenschleimhäute, Verengung des Kehlkopfes, Dysphagia (Erschwerung des Kauens) und ein Drang, Schleim auszuwerfen. Falls sich keine Gewöhnung einstellt, so können bei den ernstesten Fällen folgende Symptome festgestellt werden: Appetitverlust, Erbrechen, Schlaflosigkeit und Perioden der Unruhe und Schläfrigkeit.“

Das Nitrieren des Garnes mittels Schwefelammonial und mittels anderer Methoden bringt gewisse Gefahren für die Arbeiter mit sich. Diese Gefahren stellen sich im Gefolge der verschiedenen Dämpfe ein, insbesondere der Ammoniakdämpfe, welche starke Reizungen der Schleimhäute, insbesondere der Bindehaut, hervorrufen. Das mit der Hand erfolgende Glätten der Garnstränge verlangt einen Schuß der Hände des Arbeiters durch Kautschuhhandschuhe. Der Zweck dieses Glättens ist, die Festlegung von Schwefel auf den Garnen zu verhindern; wird hierbei die nackte Hand benutzt, so besteht die Gefahr ernstester Geschwüre und besonders schmerzlicher Hautleiden.

Dort, wo die oben erwähnten Dämpfe abgelassen werden, muß unter allen Umständen besondere Ventilation angebracht werden; sie muß auf eine solche Art und Weise installiert werden, daß sie die Arbeiter an den Trögen nicht behindert. Diese Entfernung der gefährlichen Dämpfe ist eng mit der Entfernung schädlicher Gase verbunden.

Der Kupferammonialprozess bringt ebenso gewisse besondere Gefahren mit sich: In Deutschland hatten eine Anzahl von Arbeiter, welche im Jahre 1919 mit der Waschung künstlicher Seide beschäftigt waren, unter äußerst schmerzhaften Hautentzündungen an der Hand und am Unterarm zu leiden. In einer anderen deutschen Fabrik wurden Entzündungen der Augen und der Haut infolge des Ammoniak festgestellt, es verlautet jedoch, daß ein gut angelegtes Ventilationsystem die Gefahren beseitigt hat.

Auch der Bistroseprozess führt zu Kopfschmerzen, Magenstörungen, Verminderung der Sehschärfe, besonderen geistigen Zuständen, Delirium und sogar Bewußtseinsverlust. Diese Erscheinungen sind eine Folge der Schwefelkohlenstoffdämpfe; sie wirken bei warmem Wetter viel stärker als bei kaltem. Der Fortschritt der Wissenschaft hat jedoch diese Gefahren sehr erheblich vermindert, und nach dem jüngsten Bericht der französischen Inspektionsorgane hat sich kein erster Fall, noch irgendeine Vergiftung in den Fabriken ereignet, welche den Bistroseprozess anwenden.

Eine der hauptsächlichsten Schwierigkeiten, denen man sich bei der Produktion künstlicher Seide gegenüberstellt, besteht darin, daß keinerlei spezielle Vorschriften mit Hinsicht auf diese Produktion existieren und die gewöhnlichen Gelehe, welche sich auf die Entschädigung der Arbeiter beziehen, in vielen Fällen auf die besonderen Krankheitsfälle, die sich bei der Erzeugung künstlicher Seide einstellen, keine Anwendung finden können.

Ich habe schon dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß künstliche Seide und künstliche Wolle, gegenwärtig die beiden einzigen Ersatzprodukte für Baumwolle und Wolle darstellen, welche in größeren Mengen erzeugt werden können. Ich will natürlich nicht behaupten,

daß Kunstwolle und Kunstseide die Qualitäten von wirklicher Wolle und wirklicher Seide besitzen oder besitzen können, aber sie dienen bereits als Ersatz für Wolle und Seide, und die Produktion dieser Ersatzstoffe kann beinahe unbeschränkt ausgedehnt werden.

Es ist deshalb besonders notwendig, daß die Textilarbeiter ganz allgemein — sowohl national als international — die allergrößte Aufmerksamkeit allen Entwicklungen zuwenden, welche sich bei der Produktion dieser künstlichen Rohmaterialien vollziehen. Insbesondere wird es sich als notwendig erweisen, daß alle sozialistischen und Arbeiterparteien in allen Ländern besondere Anstrengungen machen, um gesetzliche Regelungen für jene Krankheitsfälle durchzuführen, die durch den Prozess der Fabrikation von Kunstseide und Kunstwolle verursacht werden.

**Textilarbeiterbewegung im Ausland.**

(Auf Grund der Berichte unserer Bruderverbände an das Internationale Textilarbeiter-Sekretariat.)

**Belgien.**  
Die beiden Sekretäre des belgischen Textilarbeiterverbandes, Durhesne und Hammit, sind Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften geworden; der eine wurde Abgeordneter der Kammer und der andere Senatsmitglied. Mögen ihnen in ihrem neuen Wirkungsbereich gute Erfolge beschieden sein.

Die Baumwollspinnerei Belgiens hat den Umfang der Vorkriegszeit nahezu wieder erreicht. Es sind 68 Spinnereien mit rund 1 1/2 Millionen Spindeln vorhanden. Im Jahre 1924 wurden 49 300 Tonnen Baumwolle verbraucht gegenüber 51 000 Tonnen im Jahre 1913. Die Garnausfuhr hat sich gegen die Vorkriegszeit sogar etwas um die Hälfte gesteigert. Die Anzahl der Webstühle wird auf 42 000 geschätzt.

Im Leinen- und Hedespinnereien sind in Gent 14 Betriebe mit 238 000 Spindeln und 8 892 Arbeitern vorhanden. In den fünf Gentur Spinnereien, die 1923 über 22 992 Spindeln verfügten, waren 1 100 Arbeiter beschäftigt. 12 000 Personen arbeiten in den Garn- und Stoffbleichereien Gents.

Die Löhne, die im vorigen Jahre allgemein eine Verminderung um 5 Prozent erfahren hatten, mußten infolge des Steigens der Indexziffer wieder auf den alten Stand gebracht werden. Der belgische Frank ist um 19 Prozent gelunken und die Arbeiter werden kämpfen müssen, wenn die Folgen dieser durch die belgischen Finanzminister verursachten Kursentungen nicht in der Form einer verminderten Lebenshaltung auf ihnen sitzenbleiben sollen.

Für Streiks wurde im Jahre 1923 die ansehnliche Summe von 519 314 Franken an Unterstützung ausgegeben, welche sich auf 71 535 Streiktage verteilt. Der Streikfonds hat eine beträchtliche Höhe erreicht, so daß die belgische Textilarbeiterkass für kommende Kämpfe gewappnet ist. Der Höchsttag der wöchentlichen Streikunterstützung beträgt 54 Franken.

Die Arbeitslosenkasse des Verbandes zahlte im Berichtsjahr für 283 127 Tage rund 1 102 000 Franken aus. Damit waren ihre Einnahmen — 1 112 000 Franken — fast völlig verbraucht. Die Regierung hat die Uebernahme der Hälfte der ausgezahlten Summe beschlossen. Der Betrag wird in dem Augenblick ausgezahlt, wo die Kasse erschöpft ist.

Besonders erfreulich ist, daß die Textilarbeiter Belgiens sich jetzt einen Zentralverband geschaffen haben. Das Statut des belgischen Textilarbeiter-Verbandes gilt jetzt gleichermaßen für die Sektionen von Verdiers und für die flandrischen Sektionen. Die Streiklisten sind verschmolzen und die Kämpfe werden nunmehr von einem Hauptvorstand einheitlich geführt. Ein neuer Schritt vorwärts auf dem Wege zur Macht!

**Ungarn.**

Die ungarische Textilarbeiterbewegung macht schwere Zeiten durch. Zwar ist die Industrie verhältnismäßig gut beschäftigt, aber die Arbeiterbewegung hat infolge der neuen Entwicklung einen harten Stand. Durch den Friedensvertrag von Trianon verlor Ungarn zwei Drittel seiner Textilindustrie und die Zahl der Textilarbeiter ging von 16 000 auf etwa 5 1/2 Tausend zurück. Heute sind jedoch 36 000 Textilarbeiter in Ungarn beschäftigt. Es sind also etwa 30 000 Arbeiter in die Industrie neu hineingeströmt. Da es sich zumischt um Frauen und Mädchen handelt, die vom Lande kamen und noch nie in einem Fabrikbetrieb beschäftigt waren, kann man sich vorstellen, welche riesige Maß von Aufklärungsarbeit zu leisten ist, um diese Kräfte für die Arbeiterbewegung zu gewinnen.

Die gegenwärtige Lage wird dann auch von den Unternehmern weidlich ausgenutzt. Lohnherabsetzungen sind an der Tagesordnung und in vielen Betrieben werden organisierte nicht geduldet. Wer im Verdacht steht, für den Verband zu werben, fliegt auf die Straße. Schwarze Listen tun ein übriges, so daß die eingeschüchterten Arbeiterinnen nicht den Mut haben, im Dienste der Arbeiterbewegung tätig zu sein.

Ungarn steht in bezug auf die Löhne und der Arbeitszeit in der Textilindustrie in ganz Europa wahrlich nicht am schlechtesten da. Bezahlte Ferien gibt es nicht, die Unternehmer steuern auch nichts zu den Lasten der Arbeiterversicherung bei. Wahrlich genug des Segens, den die Rechtsdiktatur über das Land ausgebreitet hat. Die ungarischen Textilarbeiter werden sich jedoch vergeblich wehren gegen den Aufstieg der Arbeiterkass, der mit ihrer Industrialisierung unweigerlich verbunden ist.

**Aus der Textilwirtschaft.**

**Die Baumwollspindeln der Welt.**

Nach den joesben veröffentlichten neuesten Zählungen der Internationalen Federation hat sich die Gesamtbaumwollspindelzahl der Welt seit dem 31. Juli 1924 um 4 199 000 Spindeln vermehrt. An dieser Zunahme sind beteiligt:

	Spindelzahl	Proz. des Standes von 1924
Europa mit . . . . .	2 167 000	2,2
Asien mit . . . . .	1 354 000	8,4
U. S. A. mit . . . . .	58 000	0,2
Uebrigere Amerika mit . . . . .	684 000	18,6
Sonstige Länder mit . . . . .	26 000	2,6

Die durchschnittliche Zunahme beträgt 2,7 Proz. des Standes von 1924. Die Spindelzahlen der einzelnen Gruppen betrug (in tausend Spindeln):

	Total	Mult. Spindeln	King. Spindeln	Mac. Spindeln	Im Bau befindl.
Europa:					
31. Januar 1926 . . . . .	102 391	60 971	41 420	24 380	15,6
31. Juli 1924 . . . . .	100 224	60 912	39 312	23 875	20,2
Asien:					
31. Januar 1926 . . . . .	17 307	1 238	16 069	490	25,9
31. Juli 1924 . . . . .	16 053	1 128	14 950	537	41,9
U. S. A.:					
31. Januar 1926 . . . . .	37 844	2 588	35 250	2 000	?
31. Juli 1924 . . . . .	37 786	—	37 786	?	?
Uebr. Amerika:					
31. Januar 1926 . . . . .	4 353	230	4 117	10	29,6
31. Juli 1924 . . . . .	3 669	316	3 353	13	?
Sonstige:					
31. Januar 1926 . . . . .	1 077	108	969	75	8
31. Juli 1924 . . . . .	1 051	130	921	45	12
Welt total:					
31. Januar 1926 . . . . .	162 972	65 141	97 831	26 955	161,9
31. Juli 1924 . . . . .	158 773	62 481	96 302	26 410	72,3

**\* FRAUENTEIL \***

Gemeinsam freuet du dich der Tat. Ein zweiter kommt, sich anzuschließen. \* Mitwirken will er, mitgehen; Derzeitlich so sich Kraft und Rat. \* 6. 10. 1924

**Eine Pionierin der Arbeiterinnenbewegung Deutschlands.**

Wohl selten ist es uns vergönnt, auch einmal der Pioniere zu gedenken, die in jahrelanger unermüdlicher Arbeit den Kampf für die Befreiung der Unterdrückten und Ausgebeuteten führen und die in diesem Befreiungskampf der Arbeiterklasse eine Lebensaufgabe erblickten.

Eine dieser Pioniere ist die Genossin Gertrud Hanna, welche am 22. Juni in körperlicher und geistiger Frische ihr 50. Lebensjahr vollendete. Sie ist eine der Wenigen, die durch ihr gültiges Wesen und durch ihre geistige Regsamkeit den Arbeiterinnen Deutschlands eine Führerin geworden ist und sich weit über den Kreis der Arbeiterkass Achtung erworben hat. In Wort und Schrift entfaltet sie eine segensreiche Tätigkeit zum Wohle der Arbeiterinnenbewegung. Als Redakteurin der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ verstand es immer, die Arbeiterinnen für den gewerkschaftlichen Kampf vorzubereiten, und sie mit allen Fragen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens vertraut zu machen und die Arbeiterinnen aus dem Banne der Gleichgültigkeit zu reißen. In ihrer parlamentarischen Tätigkeit, als Mitglied des Preussischen Landtags, war sie immer eine eifrige Forderin für einen wirksamen Ausbau des Arbeiterinnenkass. Ihr Wirken galt ferner der Internationalen Arbeiterinnenbewegung. So kam sie heute mit Stolz auf eine große erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken, und wir geben uns dem Wunsche und der Hoffnung hin, daß es ihr noch viele Jahre vergönnt sein möge, uns eine Führerin und Beraterin zu sein im Kampf um unsere Frauenrechte.

Sie soll uns immer ein Vorbild geistigen Strebens und unermüdlichen Schaffens bleiben. Möge ihr auch fernerhin Gesundheit und Schaffensfreude beschieden sein, denn wir fühlen uns mit dem Dichter eins, der da sagt:

„Wem wohl das Glück die schönste Palme deut?  
Wer freudig tut, sich des Gelanten freut!“

**Arbeiterfrau, schließ dich uns an!**

Für diejenigen Kolleginnen, die in der Arbeiter- und Frauenbewegung schon jahrelang mitarbeiten, und die in den Teiljahren Selbstverständlichkeit erblickten, die längst verwirklicht sein sollten, ist es immer bedrückend, sehen zu müssen, daß gerade die Arbeiterfrau so sehr wenig Interesse an öffentlichen Leben zeigt. Es gibt viele Frauen, die trotz ihrer Berufs- und Haushaltungsarbeiten eine unendliche Leere, ein Nichtausgefülltsein in sich fühlen. Die Ursachen ihrer inneren Unzufriedenheit kennen diese Frauen allerdings nicht. Das kommt daher, weil sie in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung aufgewachsen sind und deren Gedankenrichtung in sich aufgenommen haben. Nach den ihnen anezogenen Ansichten darf die Frau nicht eingestehen, daß sie sich nicht voll und ganz befriedigt fühlt. Dieses Gefühl bedarf einer gewissen inneren Freiheit. Sie läuft Gefahr, durch Unverständnis der Mitmenschen als unweidlich verurteilt zu werden.

Die Ursache dieses Unbefriedigtseins liegt in der sozialen Stellung der Frau. Von der bürgerlichen Gesellschaftsordnung wird es als Selbstverständlichkeit hingegenommen, daß nur von der Frau die Hausarbeit, die sich um unsere menschlichen Bedürfnisse dreht, verrichtet wird. Kinder erziehen und Fabrikarbeiterin sein, das ist alles Frauenpflicht. Viele Frauen opfern sich selbst, zum Wohle der Familie, aber es wird nirgends anerkannt. Die denkende Frau aber fühlt, daß ihre Entwicklungsmöglichkeit gehemmt ist, vor allem, daß ihre geistlichen und geistigen Triebkräfte sich nicht auswirken können. Eine weitere Ursache der Unzufriedenheit liegt wohl darin, daß die Frau und Mutter von morgens früh bis abends spät arbeitet und keinen Lohn bekommt, aber ihre wirtschaftliche Abhängigkeit fühlt. Dies ist auch ein Grund, daß so viele Frauen dem Verdienst nachsehen, um so ihre Selbstständigkeit so gut wie möglich zu wahren,

namentlich da, wo sich die Frau nur als Verwalterin des oft zu knappen Haushaltsgeldes vorfindet. Die geistig regsamsten Frauen kommen sich dadurch menschlich entwürdigt vor, sie versuchen die drückende Abhängigkeit durch Zusammenschluß mit anderen Frauen zu verbessern.

Um unsere Ideale zu verwirklichen, brauchen wir alle Arbeiterinnen. Der Weg zum Zusammenschluß ist ja vorhanden. Da haben wir in erster Linie unsere Organisationen. Die Arbeiterinnenkommissionen mit ihren Veranstaltungen, welche mehr von unseren Kolleginnen besucht werden müssen. In den Versammlungen werden belehrende Referate gehalten und vor allen Dingen die Fraueninteressen erörtert. An den Referaten sowie an den Kommissionsarbeiten können sich geistig Tätige nützlich betreiben. Hier zeigt es sich aber, wie ungeheuer schwer es der Frau fällt, aus ihrer Jahrhunderte alten Häuslichkeit herauszutreten. Man glaubt immer noch, die Frau müsse zurückhaltend sein, sie müsse dem öffentlichen Leben fernbleiben, vor allen Dingen müsse sie alles, was als öffentliche Wirksamkeit zu betrachten ist, dem Manne überlassen. Mit diesen alten Vorurteilen sollten die Frauen doch nun endgültig brechen.

Die Frau ist durch ihre Arbeit in weit höherem Maße als durch das Gelehe gleichberechtigt mit dem Manne geworden. Wir können mit Recht sagen, daß die erwerbstätige Frau weit größeren Schädigungen im Betriebe ausgesetzt ist wie der Mann. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Frauen ihre Forderungen selbst vertreten; das bedingt natürlich, daß sie sich alle der Organisation anschließen. Wenn wir Frauen uns nicht organisieren wollen, wo und wie wollen wir dann unsere Interessen wahren? Gerade die Arbeiterin hat die Notwendigkeit und die Pflicht, sich zu organisieren; denn sie ist es, die am schwersten unter den wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden hat, sie ist es, die schon von jeher als Ausbeutungsobjekt betrachtet wurde. Auch sind die Männer sehr leicht geneigt, die Frauen für die wirtschaftlichen Verhältnisse im Staat, sowie auch im Betrieb verantwortlich zu machen. Daher müssen sich die Arbeiterinnen alle organisieren und den Männern zeigen, daß sie an der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen mitwirken wollen.

Glücklich kann sich das weibliche Geschlecht erst dann schätzen, wenn es den Inhalt des Wortes „Organisation“ voll und ganz begriffen hat. Wenn einst das große Heer der Frauen restlos organisiert ist, wird uns die Männerwelt die Mündigkeit im Staate nicht mehr absprechen können. Vielfach lehnen auch die Frauen die Mitarbeit ab, weil sie die Verantwortung nicht tragen wollen. Das kann und darf es aber nicht geben. Die Arbeiterinnen sollten im Gegenteil in dieser Hinsicht ein besonderes Verantwortlichkeitsgefühl, welches ja auch bekanntlich die höchste Tugend ist, zum Ausdruck bringen. Wer in der großen Not unserer Zeit Verantwortlichkeitsgefühl hat, der hat die höchste Tugend, der ist tauglich für die Gegenwart.

Die Arbeiterinnen sollten sich alle darüber klar sein, daß sie mit unüßbaren Fäden mit der gesamten Menschheit verbunden sind und daß Freud und Leid, Gutes und Böses, daß aus ihren Handlungen erwächst, auch auf sie einwirkt. Vor allen Dingen müssen wir Frauen uns darüber einig sein, daß wir verpflichtet sind, für unsere Kinder die Wege zu ebnen, für sie eine bessere, sonnige Zukunft zu schaffen. Der Gedanke an eure Kinder wird euren Willen stärken, euch die Kraft geben, Schulter an Schulter mit den Männern für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Frauen dürfen nur nicht dergleichen, daß auch für sie keine Geschenke vom Himmel fallen, daß vielmehr aller Fortschritt nur durch unermüdlichen Kampf herbeigeführt wird. Daher ist es notwendig, daß sich jede Textilarbeiterin unserer Organisation anschließt, denn nur wenn wir einig und geschlossen dastehen, können wir unsere Forderungen restlos durchzuführen. Nur Einigkeit macht stark!

Während 1924 0,3 Proz. der Gesamtspindelzahl für Neuanlagen vorgesehen waren, baut man 1926 fast 1 Proz. der bestehenden Spindelanzahl. Bemerkenswert ist dabei, daß sowohl absolut als auch prozentual die größte Zahl der Neuanlagen in Europa errichtet wird, trotzdem die europäischen Spinnereien seit Jahren über ungenügende Beschäftigung klagen.

Ueber den Beschäftigungsgrad der Spinnerei gibt nachstehende Tabelle Aufschluß. Die Zahlen bedeuten die berichteten Betriebs-einschränkungen umgerechnet auf die Gesamtspindelzahl (in Stillstand von Wochen zu 48 Arbeitsstunden).

	Halbjahr endet 31. 1. 26	Halbjahr endet 31. 7. 25	Halbjahr endet 31. 7. 24
Großbritannien	3,652	2,831	6,44
Deutschland	1,410	0,475	2,52
Frankreich	0,729	1,464	1,23
Italien	0,397	0,392	1,21
Tschekoslowakei	---	---	3,14
Spanien	9,099	10,400	12,099
Belgien	0,546	0,991	1,55
Schweiz	1,418	0,325	0,55
Polen	4,618	1,068	3,03
Oesterreich	6,241	6,419	8,74
Holland	---	---	16,31
Schweden	1,842	2,755	2,65
Portugal	0,879	0,065	---
Finnland	0,038	1,985	2,34
Dänemark	2,226	7,713	3,17
Norwegen	8,294	2,472	9,05
Japan	6,536	2,750	8,75
Ranada	2,242	1,555	0,39
Merito	1,092	1,841	2,60
China	3,000	7,000	18,99

Gegenüber dem Geschäftsgang von 1924 zeigen diese Ziffern fast durchweg eine Verbesserung, während sich gegenüber der vorhergehenden Berichtsperiode für die Länder mit großer Spinnerei (Großbritannien, Deutschland, Schweiz) eine Abnahme des Beschäftigungsgrades ergab.

**Das Veredelungsstapel verhindert den Preisabbau.**

In der Textilindustrie bestehen bekanntlich eine Reihe Kartelle. Eines der festesten davon ist der Verband der deutschen Veredelungsanstalten. Dieser hält trotz Krise und Absatzmangel an den alten Tarifen fest. Wie sich dies auswirkt, ist aus einer Mitteilung des „Berliner Tageblattes“ zu ersehen. Der Veredelungslohn einer Ware, der sich früher auf 11 Prozent des Preises stellte, beträgt heute 19 Prozent. Bei billiger, in loser Fadenstellung gewebter Ware beträgt der Anteil des Veredelungslohnes 30 Prozent gegenüber 16 Prozent zu jener Zeit, als die Preise noch nicht vom Kartell bestimmt wurden. Die ausländischen Fabriken können infolge des sogenannten Schutzzollens (Treuebott) nicht herangezogen werden, obwohl zum Beispiel die elbischen Werke um 15 Prozent billiger zu liefern in der Lage sind. Ja, es sind eben immer wieder die Kartelle, die letzten Endes den Preisabbau verhindern.

**Auslandsgeld für Sächsische Textilindustrie.**

Eine Chitagoer Bankengruppe unter Führung der „Continental and Commercial Bank“ soll, wie die Konjunktur-Korrespondenz erfährt, einen Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollar für die sächsische Textilindustrie vorverleihen. Die Anleihe, die auf Obligationenbasis gestellt werden soll, hat eine vierjährige Laufzeit. Es ist beabsichtigt, die Anleihe zu 94 Prozent bei 7 Prozent Verzinsung auszugeben. Mit der Auflegung am amerikanischen Markt ist im Frühjahr 1926 zu rechnen. Weitere Kredite aus dieser Quelle für die deutsche Textilindustrie sollen noch bevorstehen.

**20 Jahre Gauleiter!**

Am 1. Juli dieses Jahres werden es 20 Jahre, daß der Kollege Franz Kozke zum Leiter des Gau Brandenburg, jetzt Gau Berlin, gewählt wurde. Als gelernter Tischler- und Leppichweber 1893 in den Verband deutscher Textilarbeiter eingetreten, haben die Berliner Kollegen bald seine agitatorischen Fähigkeiten erkannt. 1896 in das Agitationskomitee der Provinz Brandenburg gewählt und 1898 mit der Leitung desselben betraut, verstand er es, die Textilarbeiter aus ihrem unterdrückten Menschendasein aufzurütteln. In der Stellung als Agitationsleiter bis zu seiner Berufung als angesehter Gauleiter hat er es stets vermocht, ungeachtet aller Hindernisse, der Organisation immer neue Mitstreiter zuzuführen. Und wenn wir heute die Mitgliederzahl überblicken seit seinem Eintritt als Gauleiter: 1906: 8000, 1910: 15 000, 1914: 17 000 und heute trotz aller schweren Kriege 32 000 Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Gau Berlin-Brandenburg, so glauben wir sagen zu können, daß dieser Zuwachs zu einem guten Teil Früchte seiner jahrelangen Arbeit sind. Das Vertrauen der Kollegenschaft, Männer wie Frauen, hatte er sich längst erworben. Durch sein beständiges und energisches Auftreten haben ihm auch die Unternehmer ihre Achtung nicht verjagen können. Ein urwüchsiger Berliner Humor hat unser „Franz“ oft über die schwierigsten Situationen hinweggeholfen und ihn bei der Kollegenschaft beliebt gemacht. Aber nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch hat unser Freund seit 20 Jahren immer in den vordersten Reihen gestanden. Der Bezirks Brandenburg betraute ihn 1920 mit dem höchsten Ehrenamt, dem Reichstagsmandat für den Wahlkreis Frankfurt a. O., welches er mit kurzer Unterbrechung bis heute inne hat und hoffentlich auch weiter behalten wird zum Wohle der gesamten Arbeiterkraft des Bezirks und ganz besonders der Textilarbeiter. Wir wünschen deshalb unserm „Franz“, der jeden erst das 55. Lebensjahr vollendet hat, noch ein recht langes Wirken im Interesse unserer Organisation!

**Berichte aus Fachkreisen.**

**Berlin.** Der Streit der Stoffdrucker bei der Firma Walter Hoendel u. Co. wird mit aller Schärfe weiter geführt. Der Norddeutsche Textilarbeiterverband hat sich redlich bemüht, eine Auspörierung bei familiären Stoffdruckereien zu erreichen, es gelang aber nur die Vorzeigung eines schlechten Geschäftsganges. Die Firma gibt sich die größte Mühe, die Drucker zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen; jedes Mittel, auch das schäblichste wird von ihnen benutzt. Gleich nach Streitausbruch erdient im Betrieb folgender Aufsatz:

„Stoffdrucker, die früher bei uns im Arbeitsverhältnis standen, sind dem Übergang, Angestellte und Arbeiter durch Drohungen und Verwältzungen einzuführen und sie an der Besserung ihrer Arbeit zu hindern. Unsere Firma hat alle in Betracht kommenden Schritte unternommen, um alle Lohnmaßnahmen zu verhindern, die uns verschwendenden Schutz unserer Arbeitnehmer ist gefolgt. Wir erwarten von unseren Arbeitern und Angestellten, daß sie ihrer Arbeit nachgehen und bei eventuellen vorkommenden Bedrohungen der Geschäftsführung sofort Mitteilung machen, damit diese mit ihren Bekannten die besten Mittel zum Schutze jedes einzelnen ergreifen kann.“

Die Firma hat freilich die niedrigsten Löhne gezahlt, während des streikenden aber hat sie solchen Gewinn, daß sie Vorkasse für den Streik bezahlte, und was bedauerlich ist, kann auch Nachzahlung im Bereiche haben, während täglich ein paar Kassearbeiter, alles auf Geschäftswagen, so muß die Stoffdrucker doch noch ganz schöne Gewinne machen. Die Firma versucht auch, die Polizei in ihren Streit zu verwickeln, sie verlangt eine mehrwöchentliche Schließung des Stoffdrucker auf Grund der alten Gesetzformel: Ich bin der Herr des Gew. Die Polizei lebte natürlich darauf ab. Dafür

erreichte aber der Syndikus Dr. Modigell vom Amtsgericht Berlin-Weißensee eine einstweilige Verfügung gemäß der §§ 940, 937 Abs. 2 ZPO., und weil sehr dringlich, ohne vorgängige mündliche Verhandlung, mit folgendem Wortlaut:

„Den Antragsgegnern wird bei Vermeidung einer für jeden Fall von Zuwiderhandlung gerichtlich festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe unterlagt, in irgendeiner Weise die Fortsetzung der Arbeit bei der Unterlassung bzw. Wiederaufnahme ihrer Arbeit durch Gewalt oder Drohung abzuhalten, und Arbeitswillige bei dem Ausschicken ihrer Arbeitsstelle oder deren Verlassen zu belästigen.“

Diese Verfügung erzielten sämtliche Streikende persönlich zugestellt, ebenso ein Verbandsangestellter. Der Streit geht aber trotzdem weiter und nicht ein Streikbrecher hat sich gefunden; es ist dieses für die Firma und deren Kundenschaft sehr fatal. Die Firma kann aber sofort eine Beendigung des Streiks haben, wenn sie von unserem Angebot Gebrauch macht, über die durchaus berechtigten Forderungen zu verhandeln, aber ehrlich ohne Winkelzüge, anderenfalls wird der Streit auf geistlicher Grundlage weitergeführt werden bis zum endgültigen Sieg, gestützt auf das gute Organisationsverhältnis und auf die vorzügliche Solidarität der Stoffdrucker.

**Dresden.** Die Ortsverwaltung hatte für den 5. Juni zu einem Unterhaltungsabend, verbunden mit Ehrung der Verbandsjubilare, eingeladen. Trotz des ungünstigen Wetters war die Veranstaltung, die im festlich geschmückten großen Saale des „Dresdner Volkshauses“ stattfand, von den Ortsgruppen Dresden, Leuben, Meißen, Cosmannsdorf, Radeberg und Pirna verhältnismäßig gut besucht. Neben musikalischen und Gesangsvorträgen verlesenen Rezitationen und Wieder zur Laute die Anwesenden in Feststimmung. Kollege Richter hob in einer Ansprache die Fortschritte der Arbeiterkraft in sozialer und kultureller Beziehung in den wenigen Jahrzehnten des Bestehens der Gewerkschaftsbewegung hervor und würdigte besonders die unter schwierigsten Umständen geleistete aufopferungsvolle Arbeit der Kollegen und Kolleginnen, die seit jungen Jahren treu zum Verband gehalten haben. Er begrüßte wärmend alle Kollegen und neue Kollegen, die 25 bis 34 Jahre dem Verband angehören, als Jubilare zu ihrem Ehrentage und überreichte ihnen denn die vom Hauptvorstand gestiftete Ehrenurkunde. Kollege Oswald Heide dankte im Namen der Jubilare und wünschte, daß alle Mitglieder sich mit gleicher Ausdauer für die Ziele des Verbandes einsetzen, dies würde für sie die beste Anerkennung bedeuten. Die Ausführungen beider Redner fanden lebhaften Beifall bei den Festteilnehmern. Nach nochmaligen Gesangsvorträgen und Liedern zur Laute begann ein gemächliches Tanzchen, welches Jubilare, Mitglieder und Gäste noch einige Stunden in froher Stimmung vereinte. Allen Kollegen und Kolleginnen, die ihre Kräfte zu einem guten Gelingen der Veranstaltung zur Verfügung stellten, sei auch an dieser Stelle bestens gedankt.

**Frankenberg i. Sa.** Der unerbittliche Unbezwingler Tod hat unter den Verbandsmitgliedern unseres Filialbereichs in dem noch nicht vollendeten ersten Halbjahr 1926 bedauerlicherweise schon recht reiche Ernte gehalten. Bis jetzt sind bereits sechs Mitglieder verstorben. Darunter befindet sich ein Jubilar, der 1862 geborene und dem Deutschen Textilarbeiterverband seit 1899 angehörende Weber Philipp Herrmann.

Kollege Herrmann hing mit Leib und Seele an seiner Organisation. Wir sehen noch seinen verklärten, von Idealismus zeugenden Blick bei der Ende vorigen Jahres stattgefundenen Ehrung der Jubilare. Sein Andenken wird bei uns hoch in Ehren gehalten werden.

Zwei Kollegen wurden uns durch Unfall mit tödlichem Ausgang entzogen. Der Kollege Färbereiarbeiter Willy Schmidt stürzte mit dem Fahrrad infolge eines Anfalles, deren er schon mehrere als Kriegsfolge gehabt hatte.

Am tragischsten endete aber der Kollege Karl Max Hartwig aus Niederlichtenau b. Frankenberg. Sechs Wochen vor seinem tödlichen Unfall war der Kollege noch in der Färberei der Firma Sigmund Mehner in Gundersdorf b. Frankenberg beschäftigt und tätigste Mitglied dort bis zuletzt reger für unsere Organisation. Daß er aber dort bei manchen Leuten nicht das richtige Verständnis für seine Tätigkeit und seine Ideale fand, das mochte ihm das Weiterarbeiten in dem Betrieb unerträglich gemacht haben. Er ging aus dem Färbereibetrieb heraus und nahm Beschäftigung in der Ziegelbrennerei in Niederlichtenau an. Dort sollte ihn leider schon nach wenigen Wochen sein tragisches Geschick erreichen. Ein Lehmann stürzte ein und begrub untern Kollegen unter sich, so daß er nur als Leiche hervorgeholt werden konnte. Wir betrauern sein Schicksal tief und sprechen zugleich seiner jungen Ehefrau, mit der er seit zwei Jahren eine glückliche Ehe führte, unser Beileid aus. Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

**Hamburg.** Einen gut gelungenen Ausflug hatten wir am Sonntag, den 30. Mai, nach Lüneburger veranfaßt. Am Bahnhof holte uns die Lüneburger Reichsbannerkapelle ab und führte uns nach dem Gewerkschaftshaus. Nach Einnahme eines Imbisses wurde sodann das innere Rathaus besichtigt. Die historischen Merkmale des Lüneburger Rathauses werden den Teilnehmern sicher im Gedächtnis haften bleiben. Sodann versammelten wir uns wieder um 1 Uhr mittags im Gewerkschaftshaus, um dann gemeinsam mit Reichsbannermusik durch die Stadt nach dem herrlichen gelegenen Ausflugsorte „Hafenburg“ im Lüneburger Wald zu marschieren. Auch unser Hamburger Bandoniumklub trug unterwegs zur Leichtigkeit bei.

Im Lokale „Hafenburg“ blieben dann unsere Mitglieder bei allerlei Besichtigungen noch mehrere Stunden bei fröhlichster Laune beisammen. Um 9 Uhr abends wurde die Heimreise angetreten. Die Teilnehmer meinten, daß unsere Ortsverwaltung des öfteren solche Ausflüge veranstalten möge. Deshalb sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß unsere Jugendgruppe am Sonntag, den 11. Juli, einen Ausflug nach Friedrichruh unternimmt. Treffpunkt: 11. Juli, früh 7 Uhr, Hauptbahnhof Hamburg, Bahnsteig 2. Es wollen sich unsere Mitglieder in großer Zahl daran beteiligen.

**Magdeburg.** Falsche Unternehmerpraktiken. Der Marzfel-Konzern in Chemnitz besitzt auch in Magdeburg einen Betrieb, die Marzfel-Spinnerei A.G. Dieser Betrieb liegt seit dem 19. März d. J. still, angeblich wegen Unrentabilität. Diese soll ihre Ursachen in den zu „hohen“ Löhnen und in der zu niedrigen Produktion haben. Seit Bestehen des Betriebes wurden diese Argumente immer wieder gebraucht, aber trotzdem wurde immer in zwei, zeitweise sogar in drei Schichten gearbeitet. Die Direktoren haben schon öfter wechseln müssen, aber noch keinem ist es gelungen, nach Wunsch der Konzernleitung zu kalkulieren. Immer sollten nur die „hohen“ Löhne schuld sein; deshalb hatte auch die Arbeiterkraft dauernd Kämpfe wegen Lohndifferenzen auszufechten. Welches sind aber die wirklichen Ursachen? Wenn ein Spinner bei intensiver Arbeit in 45 Stunden 10 bis 15 Mark verdient hat, so wird das bei den heutigen Verhältnissen wohl kaum zu viel sein. Es war auch einmal eine Zeit, wo die Spinner bis zu 50 Mark verdienten; das war aber nur darauf zurückzuführen, daß der damalige Direktor Sehn einen festen Lohn vereinbart hatte und daß auch das bezahlt wurde, was der Arbeiter wirklich verdient hatte. Dadurch wurde die Arbeitsfreudigkeit und damit natürlich auch die Produktivität bedeutend gehoben. Bei Eintritt des Direktors Schlößer wurde das aber sofort illusorisch gemacht durch Abbau der Arbeiterkraft und einer Reduzierung der Affordlagen um 20 Proz. Diese Maßnahmen hatten natürlich einen Produktionsrückgang zur Folge.

Wollen wir einmal die Dinge von der technischen Seite aus betrachten. Eine Fabrik kann nur dann rentabel arbeiten, wenn sie mit der Reizung freiheit und nicht pedantisch am Alten hängt, wie es hier der Fall ist. Sämtliche vorhandenen Maschinen sind bereits ältere Semester, trotzdem aber könnte die Produktion eine höhere sein, wenn man zu verarbeitenden Material mehr Augenmerk geschenkt würde. Nur ein Beispiel: 10 bis 15 Proz. der Spindelzahl

laufen dauernd leer, weil die Betriebsleitung sich nicht herbeilassen will, neue Zylinder anzuschaffen. Die Arbeiter aber vergeuden ihre Arbeitskraft unnötig, weil sie infolge der alten Zylinder immer bei ein und demselben Zylinder stehen müssen. In dieser Richtung liegt die fruchtbarste Betriebsforderung. Notwendig ist es, mehr Augenmerk auf die Vorgänge im Betriebe zu legen und einen anständigen, gelerntem Betriebsleiter einzusetzen, welcher den wirklichen Mängeln nachgeht und nicht versucht, durch verschleierte Arbeitsbedingungen und Lohnreduktionen den Betrieb rentabler zu gestalten. Auch die Arbeiterkraft den Marzfel-Spinnerei in Magdeburg hat ein Recht zu leben und auf angemessene Entlohnung für ihre Arbeit!

**Literatur.**

**Staat und Tragik der Verzerrung.** Von Ernst Willhibach. 86 Seiten mit 31 Abbildungen. 2. Buchheft des 2. Jahrgangs der „Urania“-Monatsschick. Der Schriftsteller der „Urania“ stellt in diesem Heft die Verzerrung als das Beharrliche im Entwicklungsbereich des organischen Lebens dar. Naturgemäß mußte er sich im Rahmen einer weitläufigen ausgedehnten Schilderung auf die wichtigsten grundlegenden Faktoren des umfangreichen Stoffgebietes beschränken; er gibt also ein „Einmaleins der Verzerrungslehre“. In dem er zuerst eine Darstellung der Mendelssohn'schen Regeln im leichten verständlichen Darbietet, dann die Träger der Genanlagen und im Kapitel „Variationen Mutationen“ die Bedeutung der Verzerrung für die Entstehung anfallschädlicher Vererbung und schließlich die Verzerrung von Eigenschaften fröherlicher und späterer Art in zahlreichen Beispielen bei Menschen behandelt. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit zeigt er aber auch, wie eng die biologischen Zusammenhänge mit den sozialen Verhältnissen der in Betracht kommenden Menschen verknüpft sind. Für Willhibach ist der einzelne, auch vom Standpunkt der Vererbungsgeschichte, ein Träger sozialer Funktionen. Und die Vererbungslehre selbst wird eine Hilfswissenschaft, die uns zeigt, wie wir Menschen und Umwelt in manchen Einzelheiten verändern können, um sie mit größerer Aussicht auf Erfolg aus der Tragik des kapitalistischen Weltalters zu befreien und dem Glücke des Sozialismus entgegenzuführen.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Peters. 8. Jahrgang, Heft 6, 1926. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 Mk.

„Die Arbeit“ hat schon im ersten Jahrgang in Aufsätzen von Einzelnen und Bücheln darauf hingewiesen, daß das in der Veröffentlichung gegebene Bestreben, ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen, nur einseitig ist, wenn auch der Aufbau von Arbeitsgesetzen nach einem einheitlichen Plan erfolgt. Eigens nimmt dieser für die Gewerkschaften und für den Ausbau der sozialen Demokratie außerordentlich wichtigen Fragenkomplex in einem Aufsatz „Die Arbeitsbedingungen“ wieder auf und entwickelt nach einer kleinen Vorrede über den bisherigen Stand der Dinge einen Vorschlag für einen einheitlichen Aufbau der Arbeitsgesetze. Nicht weniger aktuell ist eine andere Frage, um deren Klärung in der „Arbeit“ sich bereits verschiedene Autoren, insbesondere Franz S. Hartwig, H. Seebach, E. Stumm und Ernst Mehl bemüht haben: Die Organisation der gewerkschaftlichen „Bildungsarbeit“. In diesem Heft sind die beiden von den beiden genannten Autoren, die die besondere Aufmerksamkeit von allen verdienen, die sich mit dem Problem der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit beschäftigen. Das vor kurzem erschienene Buch „Amerikanische deutsche Gewerkschaftsarbeit“ findet in einem Aufsatz von Fritz Haupt eine aufschlußreiche kritische Würdigung. Das Problem der „Auswanderung“, das schon in diesem Aufsatz in einem besonderen Abschnitt über die „Einwanderung“ nach den Vereinigten Staaten anknüpft, wird in unersetzlicher Weise erörtert von einem der besten Sachkenner auf diesem Gebiete, Dr. Ernst Berger. Lediglich Erdmann legt seine grundsätzlichen Überlegungen „zum Problem der Arbeitsgemeinschaft“ fort und behandelt vor allem die besonderen Funktionen der Gewerkschaften im Verteilungsprozess, unter besonderer Betonung der gesamtwirtschaftlichen Tendenzen der Gewerkschaften, die bereits auf einer Aufhebung des Individualismus der kapitalistischen Wirtschaft beruhen. Otto Albrecht weist in einem Aufsatz „Reine Bodenbestimmung auch in der Landwirtschaft?“ nach, daß die Bestimmung des reinen Bodenwertes, auch für landwirtschaftliche Grundstücke bzw. landwirtschaftliche Betriebe angewendet werden kann. Die Rundschau bringt außerdem eine Überlebenskurve über die „Trägheit“ der Arbeitsgemeinschaft“ insbesondere die „Sozialpolitische Chronik“ und eine reichhaltige Schriftenverzeichnis.

**Die Gesellschaft.** Ein außerordentlich lesenswertes Aufsatz veröffentlicht Genoffe Julius Deutsch der frühere Reichstagsabgeordnete, über „Abstimmung, Staatsreform und Demokratie“ in der (jeden erlesenen Juni-)Nummer. Er sieht durchaus noch die Gefahr eines blutigen Krieges und stellt die Frage auf, was die organisierte Arbeiterklasse tun kann, um dieser Gefahr zu begegnen. Die sozialistischen Parteien haben nicht einen Kampf um irgendein bestimmtes Mehrheitsrecht zu führen, sondern um ein möglichst großes Maß von Demokratie in der Staatsverfassung. In Österreich z. B. wo das Erbprinzip demokratisch aufgebaut wurde, ist es nicht nur zu keiner Verlesung des Reichs gekommen, sondern zu einem wirklichen Schluß der republikanischen Verfassung. In Deutschland ist es unerschrocken, auch daran ist aber nicht das Wichtigste, sondern die Staatsreform, die den Interessen der Arbeiter, gegen die Vererbung der Staatsmacht steht Genoffe Julius Deutsch hat eine Reihe von Mitteln, die dem Arbeiter der Aufbau eines Staats nicht weniger wird es zu einer wirklichen Revolverdeutscher Nationalen Revolution eines sozialen Nationalismus sein Genoffe Julius Deutsch hat eine Reihe von Mitteln, die dem Arbeiter der Aufbau eines Staats nicht weniger wird es zu einer wirklichen Revolverdeutscher Nationalen Revolution eines sozialen Nationalismus sein.

Aus dem weiteren Inhalt des Juni-Heftes nennen wir noch: Bladtmeier, Rohlfing, Hofmeister oder Wirtschaftskrisis; Dr. Carl von Bismarck, Der bayerische Partikularismus; Georg Heuer, Heinrich Heine, Ein Kapitel sozialistischer Sozialökonomie; Dr. Georg Meier, Biologie und Praxis der Sozialökonomie; Dr. Fritz Meiner, Wandlungen des Problems.

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Sonntag, den 4. Juli, ist der Beitrag für die 27. Woche fällig!

**Adressenänderungen.**

- Gau Augsburg. Weiler i. M. Der V ist zu streichen. Alle Sendungen an den K. Vonneth.
- Gau Dresden. Luc. Das Bureau befindet sich jetzt Luthersstraße 19, Telefon 249.
- Gau Liegnitz. Wülfegiersdorf. V. u. Geschäftsl. August Kramer, Nr. 170. K. Heinrich Herrmann, Nr. 170.

**Totenliste.**

- Gestorbene Mitglieder. Frankenberg in Sachsen. Moritz Appelt, Hermann Raumann, Phil. Herrmann, Willy Schmidt, Rich. Zenmerich, Max Hartwig.
- Groß-Söhnau. Minna Pfander, Gustav Art.
- Waldkirch. Michael Pfister.

**Billige Bücher-Woche.**

- Theodor Storm, Ausgewählte Romane, 2 Bände. Ger. Der Gotteslästerer.
- Alle 3 Bände anstatt 4,60 Mk. 3 Mk.
- Dickens, Charles, Oliver Twist oder die Laufbahn eines Waifens Knaben. Roman aus: Meistererzähler der Weltliteratur.
- Kurz, Holde, Italienische Erzählungen.
- M. Andersen - Negb, Der Morgen graut.
- Alle 3 Bände anstatt 4,60 Mk. 3 Mk.
- Schjowstki, Sitten- und Charakterbilder aus der französischen Revolution.
- Poczang, E., Der Ausweg. Ein Roman.
- Kurz, Hermann, Reichsstadtschichten.
- Alle 3 Bände anstatt 3 Mk. 1,50 Mk.
- Solange Vorrat reicht.
- Portofrei. Bei Voreinsendung durch Zahlkraft Postkonten: Max Sachseweger, Berlin, Nr. 147486. Bei Nachnahme 10 Pf. mehr.

**Textil-Verlag, Verlagsgesellschaft m. b. H., Wtl. Buchhandlung**

Berlin D. 34, Mehrler Straße 8/9. Vertretung: Kurt Sühlig in Berlin, Wustener Str. 49 - Verantwortlicher Redakteur: Kurt Lehmann in Berlin, ... Druck: ...